

Enttäuschter Diplom-Psychologe
Robert Soisson von
der Nationalen Koalition
für Kinderrechte:
Der parlamentarische Bericht
zur Jugend in Not hat sich
die Empfehlungen der Kinder-
und Jugendhilfsorganisationen
nicht zu Eigen gemacht.
Und die Reform
des Jugendschutzgesetzes droht
zum Reförmchen zu werden.



(Foto: Christian Mosar)

JUGENDSCHUTZ

"Einsperren ändert nichts"

w maxx: *In einer aktuellen Stellungnahme zeigt sich die Nationale Koalition für Kinderrechte enttäuscht über den parlamentarischen Kommissionsbericht zur Lage der Jugendlichen in Not. Was hatten Sie erwartet?*

Robert Soisson: Ich hatte einen Ansatz für eine umfassende Gesetzesreform erwartet, bei der auch harte Brocken angepackt würden, wie etwa das Erziehungsrecht der Eltern, die Frage der Inhaftierung von Jugendlichen oder auch die Frage der Heimunterbringung. Auch wenn manche das bezweifeln: Wir sind europaweit das Land, in dem am meisten Kinder in Heime eingewiesen werden.

Die Hilfsorganisationen wurden aber doch von der Kommission gehört.

Die Ideen der Organisationen wurden zwar wiedergegeben, doch im Endeffekt wurde praktisch keine ihrer Empfehlungen übernommen. Als Schlussfolgerung hält der Bericht lapidar fest: Wir bleiben beim alten Jugendschutzgedanken; wir bleiben beim System des "juge unique", bei einem Rollenverständnis, in dem der Richter Psychologe, Vater, Pastor in einer Person ist. Gerichtsentscheidungen sollen statt wie bisher einmal pro Jahr nun alle sechs Monate überprüft werden können - wenn es die Betroffenen beantragen. In anderen Ländern findet diese Überprüfungsprozedur obligatorisch alle paar Monate statt. Theoretisch kann man in Luxemburg ein Kind bis zum Alter von achtzehn Jahren in einem Heim unterbringen - wegen Banalitäten.

Welchen Impact hat denn dieser Bericht überhaupt?

Im Parlament haben sich die großen Parteien hinter den Kommissionsbericht ge-

stellt und damit den Status quo zementiert. Jetzt liegt seit Juni ein Gesetzesprojekt zur Reform des Jugendschutzes vor: Darin werden lediglich punktuelle Empfehlungen des Berichtes aufgegriffen. Das sieht mir eher nach Kosmetik aus, aber nicht nach einer fundamentalen Änderung.

In Ihrer Stellungnahme kritisieren Sie, dass die Empfehlungen der Kommission vor allem den Positionen der Magistratur und der Verwaltung Rechnung tragen. Was meinen Sie damit?

Die Gefahr der Willkür ist beim aktuellen Gesetz groß. Wenn der Jugendrichter dies will, kann er mit anderen zusammenarbeiten und die jeweils beste Lösung für ein Kind suchen, in einem System flexibler Erziehungshilfen. Aber was geschieht, wenn er es nicht will? Ich habe selbst Fälle erlebt, in denen dies vorgekommen ist. Diese Erfahrung, vom Jugendrichter abgeblockt zu werden, haben viele Leute gemacht, die im Bereich der Jugendhilfe arbeiten. Es geht um die Rechte des Kindes: Das Kind muss sich verteidigen können, müsste also auch Anspruch auf einen Rechtsanwalt haben - wie übrigens auch seine Eltern.

Zur Person:

Robert Soisson ist Diplom-Psychologe und arbeitet seit 28 Jahren im Service médico-psycho-pédagogique in Esch-Alzette. Seit vielen Jahren ist er in der Kinder- und Jugendhilfe beschäftigt. Soisson ist unter anderem Präsident der 1996 geschaffenen "Nationalen Koalition für Kinderrechte", Mitglied des Ombudskomitees für Kinderrechte und der "Association nationale des Communautés éducatives". Darüber hinaus setzt er sich für den internationalen Dialog zwischen Kinderhilfsstrukturen ein.

Wieso reagieren Sie jetzt erst auf den Bericht? Der wurde ja bereits vor einem Jahr veröffentlicht.

Wir mussten uns erst einmal auf ein gemeinsames Positionspapier einigen, das als öffentliche Diskussionsgrundlage dient. Es ist auch unter den Hilfsorganisationen nicht so einfach, gemeinsame Lösungsansätze zu finden.

Im April wurde anschließend das Gesetz zur Reform des Dreiborner Erziehungsheims gestimmt. Halten Sie diese Reform im gleichen Maße für punktuell?

Das Gesetz betrifft fast ausschließlich die Schaffung eines neuen geschlossenen Sicherheitstraktes in Dreiborn. Eine grundsätzliche Reform des Systems aber fehlt: Zum Beispiel existiert weiterhin die Vermischung der Kategorien von Kindern - Opfer und Täter -, die in Dreiborn eingewiesen werden. Deshalb fordern wir eine 'déjudiciarisation' des Jugendhilfesystems: Es muss im Vorfeld zwischen Kindern unterschieden werden, die durch widrige Umstände problematisch werden und jenen, die es durch Straftaten werden.

Welche Jugendlichen sollen in den Dreiborner Sicherheitstrakt und welche weiterhin in die Schrassiger Haftanstalt kommen?

In der Diskussion sind anscheinend Modelle folgender Art: Wer dreimal in Dreiborn abgehauen ist, soll zur Bestrafung nach Schrassig verfrachtet werden. Jeder weiß aber, dass es ein Sport unter den Heim-Jugendlichen ist, aus Dreiborn wegzulaufen. Das "Comité européen contre la torture", das seit Jahren die Unterbringung von Kindern im Schrassiger Gefängnis kritisiert, hatte sich für einen Sicherheitstrakt in Dreiborn ausgesprochen, um eben eine solche Inhaftierung zu verhindern.

Manche stellen beides in Frage ...

Die Zahlen aus dem Ausland zeigen, dass eine geschlossene Einrichtung nicht ausbruchsicherer ist als eine halboffene. Das Problem ist, dass nie Alternativen in Betracht gezogen wurden. In Frankreich existieren Modelle, bei denen delinquente Jugendliche etwa in Marokko in Schulbauprojekten mitarbeiten müssen. Sie sind dabei in eine Prozedur integriert, die menschlich gesehen Sinn macht und bei der sie etwas lernen. Einsperren an sich ändert nichts. Während der Haft sollen die Jugendlichen zwar betreut beziehungsweise therapiert werden. Aber die Frage stellt sich: Kann man in einer geschlossenen Anstalt Therapie machen? Und: Welche Garantien und welche Schutzprozeduren erhält ein Kind, das dorthin eingewiesen wird? In Einzelfällen kann ich mir aber vorstellen, dass eine Inhaftierung hilfreich sein kann, denn es gibt Kinder, die eine Gefahr für sich selbst sind, die sich selbst verletzen oder selbstmordgefährdet sind.

Mittlerweile gibt es auch bei uns neue Strukturen für Jugendliche, etwa die Jugendpsychiatrie im Kirch-

berger Krankenhaus. Ausländische KritikerInnen aber warnen davor, dass auch in der Psychiatrie Jugendliche weggesperrt werden.

Psychiatrie wurde immer schon als eine Ausweichmöglichkeit benutzt für Kinder, die sonst nicht untergebracht werden konnten. Derzeit müssen rund hundert Kinder in psychiatrischen und therapeutischen Strukturen im Ausland untergebracht werden. Die hiesige neue Jugendpsychiatrie war von Anfang an voll belegt, die Plätze reichen nicht. Zunächst müsste einmal wissenschaftlich ermittelt werden, wie viele Kinder sich im Durchschnitt pro Jahr in einer solchen Situation befinden - und dann müssten wir entsprechende Strukturen schaffen. Ich bin mir durchaus bewusst, dass es Kinder gibt, die in einer dramatischen persönlichen Situation sind und dringend intensive Hilfe brauchen, vielleicht sogar eine Internierung. Aber zu einer dauerhaften geschlossenen Unterbringung gibt es Alternativen.

In der Nationalen Koalition, der Sie vorsitzen, fehlen verschiedene Organisationen. Warum?

In Luxemburg will jeder sein eigenes Süppchen kochen. Unser Angebot richtet sich an alle Organisationen. Vielleicht lassen sich die, die fehlen, eines Tages ja doch noch überzeugen.

Gibt es ideologische Differenzen?

Möglich ist das. Etwa beim Stellenwert der Präventionsarbeit: Meiner Meinung nach müsste in Luxemburg viel stärker präventiv gearbeitet werden. Andere aber verlangen mehr Therapieeinrichtungen.

gen. Da bestehen sicher Meinungsverschiedenheiten. Ich finde, in Luxemburg gibt es geradezu eine Inflation an Dienststellen und Hilfsangeboten - sie sind lediglich schlecht koordiniert.

Ist die Nationale Koalition nicht ebenfalls eine Struktur, über deren Sinn sich streiten ließe? Es gibt doch bereits ein Ombudskomitee für Kinderrechte.

Das Ombudskomitee hat vielfältige Aufgaben, aber wenig Mittel, um sie umzusetzen, was sich hoffentlich bald ändern wird. Im Komitee wird zudem viel über Einzelfälle diskutiert. Als Koalition haben wir uns zum ersten Mal im Jahr 1996 zusammengefunden, als es noch kein Ombudskomitee gab. Ich selbst bin Mitglied im Komitee. Doch ich finde nach wie vor, es sollte eine Plattform für die unterschiedlichen NGOs geben: Dort können sie ihre Anliegen formulieren und sich Gehör verschaffen. Wichtig ist dabei, dass die verschiedenen Organisationen in ihrer Arbeit nach einem Konsens suchen. Nationale Koalitionen gibt es in den meisten Ländern der Welt, neben den neueren Ombudsstrukturen, und beide haben ein gemeinsames Ziel: Die Umsetzung der Kinderrechtskonvention.

Interview: Renée Wagener

Gerangel in der Jugendhilfe

(rw) - Zu einem Hearing hatte die "Coalition nationale pour les Droits de l'Enfant", ein Zusammenschluss von Organisationen aus dem Bereich der Jugendhilfe, am Dienstag eingeladen. Thema: der Bericht der parlamentarischen Kommission "Jeunesse en détresse", der vor einem Jahr erschien. In seiner Folge wurde im April diesen Jahres eine Reform des Gesetzes über die staatlichen Erziehungsheime gestimmt, im Juni ein Gesetzesprojekt zur Jugendschutzreform vorgelegt. Im Mittelpunkt der Anhörung standen das deutsche und das belgische Jugendhilfesystem. Beide betonten die Rolle von Hilfsdiensten und legen einen starken Akzent auf Unterstützung statt Bestrafung der Betroffenen - ganz im Gegensatz zum luxemburgischen System, in dem der Jugendgerichtsbarkeit immer noch eine tragende Rolle zukommt. Außenstehende BeobachterInnen konnten bei dem Hearing zudem registrieren, dass es neben der Kinderrechtskoalition auch noch eine Koalition von Justiz, "Service central d'action sociale" und Familienministerium gibt. Letztere ist auf Kritikern der Hilfsorganisationen - etwa jene über die Allmacht der JugendrichterInnen, die allein und ohne Rekursmöglichkeiten für die Betroffenen ihr Urteil fällen - offensichtlich nicht sonderlich gut zu sprechen.

Doch auch unter den Hilfsorganisationen scheint es Unstimmigkeiten zu geben: So waren einige Mitglieder der Nationalen Koalition beim Hearing nicht anwesend, andere Organisationen sind ihr gar nicht erst beigetreten.

Wenig erstaunlich, wenn dann im Bereich der Jugendhilfe Gesetzesprojekte, die den Namen Reform kaum verdienen, die Parlamentsmaschinerie diskussionslos überstehen. Wird also das geplante Reförmchen des Jugendschutzes in Luxemburg auf die gleiche Weise abgehakt, ohne dass eine öffentliche Debatte über dieses wichtige Thema stattfindet?